

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

München ist bunt – nicht braun!

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

9 München ist bunt – nicht braun!

Wer von einer politischen Entscheidung betroffen ist, muss an ihr mitwirken können. Das ist eines der Grundprinzipien der Demokratie. DIE LINKE. sieht dieses Prinzip in Deutschland verletzt. Millionen Mitbürger*innen sind vom politischen Leben ausgeschlossen, weil sie keine deutsche oder EU-Staatangehörigkeit besitzen. Eine demokratische und pluralistische Gesellschaft kann dies auf Dauer nicht dulden, das ist unsere Überzeugung. Wir sehen die Notwendigkeit, jedem Menschen dort politische Rechte zu gewähren, wo sein Lebensmittelpunkt ist. Auch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz vor Diskriminierung stehen jedem zu, der hier lebt. Diese Prinzipien liegen der Haltung der LINKEN zu Fragen von Migration und Integration zugrunde.

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland im Umgang mit Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund wieder der Rückwärtsgang eingelegt. Die Anforderungen für Aufenthaltstitel wurden verschärft. Die Einbürgerung ist ein jahrelanges Verfahren mit ungewissem Ausgang. Während andere europäische Länder längst zumindest ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner eingeführt haben, wird hierzulande schon die Selbstorganisation Nichtwahlberechtigter in politischen und kulturellen Vereinen mit Misstrauen betrachtet und Beschränkungen unterworfen.

Zu den rechtlichen Benachteiligungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt ebenso auswirken wie im Familienleben, tritt noch Diskriminierung. Vor kurzem ergab eine Studie der OECD, dass in Deutschland selbst Migranten mit besten inländischen Universitätsabschlüssen deutlich schlechtere Beschäftigungschancen haben als Deutsche. Für Jugendliche, die vom deutschen Bildungssystem in die Hauptschule geschoben wurden, gilt dies noch viel mehr.

DIE LINKE. setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, rechtliche und soziale Diskriminierungen zu beseitigen. Alle Menschen, die auf Dauer hier leben, müssen ein gesichertes Bleiberecht und gleiche Rechte bekommen. DIE LINKE. fordert ein kommunales Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit und strebt langfristig ein volles Wahlrecht auf allen Ebenen an; DIE LINKE. steht für ein „jus solis“, das allen hier Geborenen die Staatsbürgerschaft verleiht; einen menschenwürdigen Umgang mit Non-Citizens (Flüchtlingen) und die konsequente Bekämpfung jeder Form von Rassismus und Intoleranz.

Non-Citizens und „Illegalisierte“

Es gibt immer weniger Asylbewerber und Non-Citizens in Deutschland, trotzdem bleibt die Politik in Deutschland bei ihrem strikten Abschottungskurs. Das mittlerweile extrem aufgeweichte Grundrecht auf Asyl findet in der Praxis kaum noch Anwendung.

In München sind Non-Citizens und ihre Probleme meist unsichtbar, auch weil die Stadt für Menschen ohne Aufenthaltsstatus nicht zuständig ist. DIE LINKE. fordert weiterhin die Abschaffung der vom Freistaat unterhaltenen Lager und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Die Essenspakete verstoßen gegen die Menschenwürde, sie müssen abgeschafft werden. Unbegleitete minderjährige Non-Citizens gehören in die alleinige Verantwortung des städtischen Jugendamtes, Kinder gehören in Kindergarten, Schule und Ausbildung. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge und Asylbewerber muss fallen.

Mehr als ein Drittel der Münchner*innen und Münchner hat einen Migrationshintergrund, das heißt, zumindest ein Elternteil ist zugewandert. Bei Kindern und Jugendlichen liegt diese Zahl weit höher. Dabei sind nach wie vor die meisten rechtlich Ausländer*innen; zu 24% Ausländern kommen nur 10% Deutsche mit Migrationshintergrund. Bundesweit ist das Zahlenverhältnis umgekehrt. Grund dafür ist die in Bayern besonders restriktive Einbürgerungspraxis. In der Folge sind in München besonders viele Mitbürger*innen von den Regelungen des restriktiven Ausländerrechts betroffen, und besonders viele haben kein kommunales Wahlrecht.

In etwa einem Drittel aller in München geschlossenen Ehen haben die Partner Pässe aus verschiedenen Ländern. Die erschwerten Bedingungen, unter denen solche Ehen geschlossen und geführt werden, sind also nicht mehr die Ausnahme, sondern der Normalfall.

Auch in Münchner Kindergärten und Schulen ist die Begegnung vieler Sprachen und Kulturen die Regel. Das gilt aber nur für die Kinder und Jugendlichen selbst; weder in der Zusammensetzung des Betreuungspersonals und des Lehrkörpers noch in den Bildungsinhalten findet sich diese Vielfalt wieder. So wird leicht zur Bedrohung, was Bereicherung sein müsste.

Im deutschen Bildungssystem entscheiden Einkommen und Bildung der Eltern über die Chancen der Kinder. In Bayern gilt das noch verstärkt. Der Münchner Bildungsbericht belegt, dass auch in unserer Stadt Kinder mit Migrationshintergrund besonders darunter leiden. Ihr Anteil an höheren Bildungsabschlüssen entspricht bei weitem nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Der Zugang zu beruflicher Bildung ist noch zusätzlich erschwert. Leider gilt dies auch für Ausbildungsplätze bei der Stadt München – von unlängst eingestellten 312 Auszubildenden haben ganze 12 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Kein Wunder, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung erreichen und arbeitslos sind.

Migrantinnen und Migranten finden meist nur schlecht bezahlte, oft gesundheitlich belastende Arbeit; weil dies auch in vergangenen Jahrzehnten so war, sind sie im Alter oft arm und gesundheitlich eingeschränkt. Auf die Probleme alternder Migrant*innen ist die Stadt aber nicht wirklich vorbereitet. Große Teile der Infrastruktur für ältere Mitbürger*innen, ob Altenzentren oder Pflegeeinrichtungen, befinden sich in kirchlicher Trägerschaft; muttersprachliche medizinische Betreuung ist meist nicht möglich, mehrsprachiges Personal, selbst mehrsprachige Informationsmöglichkeit ist oft nicht vorhanden. Aus einem Alter in Würde wird so ein Alter in Vernachlässigung.

In München leben zehntausende Flüchtlinge mit ungesichertem oder gänzlich ohne Aufenthaltsrecht. Erstere werden durch jahrelange Kettenduldungen diskriminiert, d.h. wiederholte Aufenthaltsverlängerungen von einer Woche bis drei Monaten, letztere werden von Anfang an „illegalisiert“. Von ihrer Anwesenheit profitieren viele. Sie selbst haben große Probleme; sie haben keinen legalen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Schulen, zum Wohnungsmarkt. Es gibt in München erste Ansätze zur medizinischen Betreuung. Krankenhausaufenthalte sind aber nach wie vor fast unmöglich. Es gibt kaum Wege, den Aufenthalt zu legalisieren, auch nicht für hier geborene Kinder. Dabei sind viele „Illegalisierte“ hervorragend ausgebildet; darunter sind Universitätsprofessoren, die Büros putzen. Aber viele ausländische Abschlüsse und Berufsausbildungen werden hier nicht anerkannt.

Unsere Forderungen:

- Ausländische Staatsbürger *innen haben auch in München zu wenig politische Rechte. Die Einbürgerung ist augenblicklich der einzige Weg, daran etwas zu ändern. Dass in München weniger Eingebürgerte leben als in anderen deutschen Großstädten, ist der bayerischen Politik geschuldet. Aber die Stadt München kann und muss dem entgegenwirken. DIE LINKE. fordert die Einrichtung eines Einbürgerungsbüros, das Einbürgerungswillige beim Verfahren unterstützt und begleitet.
- DIE LINKE. setzt sich für die Beibehaltung eines direkt gewählten Ausländerbeirats ein. Solange es kein kommunales Wahlrecht für alle gibt, ist ein gewählter Ausländerbeirat unverzichtbar. Seine Kompetenzen müssen zudem deutlich erweitert werden; er muss Mitspracherecht in allen Bereichen städtischen Handelns erhalten, die Migrant*innen betreffen.
- Selbstorganisation von Migrant*innen muss gefördert werden, gleich, ob politisch, kulturell oder religiös. DIE LINKE. sieht darin einen notwendigen Schritt, um Austausch zu ermöglichen, aber auch, um die Grundlagen für fehlende Infrastruktur beispielsweise für die Versorgung älterer Migrant*innen zu schaffen.
- DIE LINKE. fordert eine Verbesserung der Lage aller Menschen ohne gesichertem Bleiberecht und aller „Illegalisierten“. Sie wendet sich gegen die Bedrohung von Migrant*innen und Non-Citizens durch eine fortwährende Kriminalisierung ihrer Person, z.B. in Form der Polizeikontrollen am Münchner Hauptbahnhof, sowie die in München und Bayern besonders restriktive Anwendung des Ausländerrechts und der sog. Sicherheitsgesetze. Die Stadt München muss sich gegenüber der Bayerischen Staatsregierung dafür einsetzen, dass diese Praxis beendet wird.
- Auch für Menschen ohne gesichertem Bleiberecht und „Illegalisierte“ muss eine Versorgung in den städtischen Kliniken gewährleistet sein; dafür ist ein Budget bereitzustellen. Kinder müssen Kindergärten und Schulen besuchen können, ohne die Meldung an Behörden zu fürchten. Kinder, die hier geboren werden, müssen hier legalisiert werden können. Es müssen Wege gefunden werden, um „Illegalisierten“ den Zugang zu günstigem Wohnraum zu ermöglichen, ihnen Rechtsschutz (z.B. bei Konflikten mit Arbeitgebern oder bei rassistischer Diskriminierung) zu gewähren. Die beste Lösung dafür wäre eine unabhängige, städtisch geförderte Beratungsstelle.
- Migrant*innen müssen bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse und Ausbildungen unterstützt werden. DIE LINKE. fordert, dass sich die Stadt München auf allen Ebenen dafür einsetzt, die Anerkennung zu erleichtern.

- Die Vielfalt der Stadt muss sich auch in den städtischen Einrichtungen widerspiegeln. DIE LINKE. fordert die gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen. Langfristig muss die Zusammensetzung des städtischen Personals der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung entsprechen. Anders ist eine diskriminierungsfreie Verwaltung nicht zu erreichen. Bis dahin sollte interkulturelle Weiterbildung verpflichtend sein und städtischen Beschäftigten das Erlernen einer der Hauptmigrationssprachen kostenfrei ermöglicht werden.
- Besonders dringlich ist die Einstellung mehrsprachiger Erzieher*innen in den Kindertagesstätten. DIE LINKE. setzt sich außerdem dafür ein, die Bildungspläne der Tagesstätten auf eine interkulturelle Erziehung hin zu öffnen, in der z.B. nicht nur der Nikolaus, sondern auch das Zuckerfest einen Platz hat. Sprachliche Förderung muss so gestaltet werden, dass eine nichtdeutsche Muttersprache nicht als Defizit erlebt wird. In den Elternbeiräten sind Plätze für Migrant*innen verpflichtend zu reservieren.
- Muttersprachlicher Unterricht ist ein Recht, keine Gnade. DIE LINKE. hält Zusatzprogramme für erforderlich, die auf allen Bildungsebenen muttersprachliches Lernen ermöglichen. Nur dann wird aus der Beherrschung der anderen Sprache eine belegbare Qualifikation, die auch auf dem Arbeitsmarkt anerkannt wird.
- Im Rahmen ihres Integrationskonzepts betreibt die Stadt München ein Projekt, das Unternehmen überzeugen soll, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund auszubilden. Ein solches Projekt ist aber nur glaubwürdig, wenn die Stadt und die kommunalen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen. DIE LINKE. fordert, Ausbildungsplätze mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Altersgruppe an Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben. Führen die Auswahlverfahren zu einem geringeren Anteil, so sind sie von geeigneten Stellen auf diskriminierende Elemente hin zu untersuchen und dann entsprechend zu ändern. Bei der Entwicklung solcher Verfahren müssen Ausländerbeirat und Antidiskriminierungsstelle mit einbezogen werden.
- DIE LINKE. setzt sich ein für eine tragfähige Infrastruktur für ältere Migrant*innen. Mindestens eines der geplanten Alten- und Servicezentren muss ein internationales ASZ werden. Es müssen Modellprojekte entwickelt und gefördert werden, die multireligiöse und mehrsprachige ambulante Pflege anbieten. DIE LINKE. fordert die Einsetzung einer Planungsgruppe, um den Bedarf für muttersprachliche Seniorenwohngemeinschaften und muttersprachliche stationäre Demenzpflege zu überprüfen.
- Alle städtischen Angebote müssen für alle Münchner*innen zugänglich sein, die Ausgestaltung muss den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden. Der Frauenbadetag an den städtischen Bädern ist ein Schritt in die richtige Richtung; es muss aber in allen sozialen und kulturellen Handlungsbereichen selbstverständlich werden, verschiedene Bedürfnisse wahrzunehmen. So wäre es durchaus denkbar, ein Projekt des sozialen Wohnungsbaus gezielt auf die Bedürfnisse von Migrant*innen auszurichten.
- Kultur in München ist vielsprachig; ein Internationales Kulturzentrum, das auch Raum für nichtdeutsches Theater und Kino, für Musik und Tanz bietet, ist überfällig.

DIE LINKE. wird nach Kräften den Diskussionsprozess zu dem vom Stadtrat einstimmig beschlossenen Integrationskonzept kritisch begleiten und von der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft die Umsetzung erforderlicher und geeigneter Maßnahmen einfordern.

Nein zum Neofaschismus

München hat in ihrer kürzeren Vergangenheit eine gute Tradition im Umgang mit Faschisten, Antisemiten und Rassisten, ob mit Lichterketten mit über 200 000 Teilnehmer*innen oder die erfolgreichen Blockaden gegen Naziaufmärsche, alles zeigt das die Münchner*innen kein Verständnis für Menschenfeindliche Ansichten haben. Die Linke kämpft mit vielen Münchner*innen gemeinsam für eine bunte, weltoffene Stadt und eine friedliche, gerechte, solidarische Stadtgemeinschaft.

Allerdings ist München wie keine andere deutsche Stadt historisch mit dem Nationalsozialismus verbunden, was in der Bezeichnung „Hauptstadt der Bewegung“ zum Ausdruck kommt. In München fand sich der Nährboden für die NS-Doktrin. Hier konnte Adolf Hitler mit Unterstützung von vielen Personen und Institutionen zum „Führer“ eines faschistischen, rassistischen und barbarischen Regimes aufsteigen. In dieser Stadt wurden NSDAP, SA und SS gegründet. DIE LINKE. will diese Vergangenheit Münchens in Erinnerung halten und tritt jeglicher Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Diktatur und von antisemitischen Positionen entschieden entgegen. Neofaschismus darf auf der Straße wie im Parlament weder Normalität noch Gewöhnung werden.

An aktuellen Herausforderungen fehlt es leider nicht: so hat sich aktuell in Obermenzing das so genannte „braune Haus“ etabliert. Das Anwesen hinter der hohen, dichten Hecke hat sich zum Treffpunkt für Neonazis in Südbayern entwickelt. Viele ganz Rechte gehen hier ein und aus. Nazi-Feste und Organisationstreffen sind an der Tagesordnung. Hier trafen sich Zeugen und mitangeklagte des NSU Prozess oder auch der verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese, der den Anschlag auf die Synagoge in München plante, soll Gast gewesen sein.

Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, ebenso jede Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Neofaschistische Positionen haben in den letzten Jahren bis in die „Mitte der Gesellschaft“ rechte Einstellungspotenziale mobilisiert. Wir wollen solidarische gesellschaftliche Strukturen gegen den Neofaschismus stärken, unter anderem, indem entsprechende Initiativen und Beratungsteams in die öffentliche Finanzierung übernommen werden und die Entstehung von „Gegenkultur“ unterstützt wird. Der öffentliche Raum ist gegen jeden Auftritt und Angriff der Neofaschisten zu verteidigen.

Zum antifaschistischen Kampf gehört es deshalb auch, die Schnittstellen zwischen konservativen und neofaschistischen Positionen zu identifizieren. Antisemitismus und islamfeindliche Stimmungsmache sind eine dieser Schnittstellen. Revisionistischen Geschichtsdebatten, der Glorifizierung der Wehrmacht und des Nationalsozialismus, der Stigmatisierung von Minderheiten und der Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben treten wir entschieden entgegen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Unsere Forderungen:

- Keine Straßen und Plätze, keine öffentlichen Räume für Neonazi-Veranstaltungen! Wir werden selbst alles tun und fordern die Stadt auf, den öffentlichen Druck auf den Polizeipräsidenten und das Kreisverwaltungsreferat zu verstärken.
- Das Verbot volksverhetzender Propaganda in der Stadt muss konsequent durchgesetzt werden. Der Vertrieb neonazistischer und gewaltverherrlichender Schriften über Buchhandel und Kioske ist ordnungsrechtlich zu unterbinden.
- Wir werden in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen jede Duldung oder Begünstigung neonazistischer Umtriebe durch Behörden oder Träger öffentlicher Belange strafrechtlich prüfen lassen.
- Keine öffentlichen Gelder für rechtslastige Vereine und Verbände, wie z. B. der Sudendendeutschen Landsmannschaft! Gerade in Zeiten staatlicher Sparpolitik dürfen die städtischen Fördermittel für demokratisch-antifaschistische Bildungsträger auf keinen Fall gekürzt werden, sondern sind auszuweiten, um gerade in solchen Zeiten rechten und geschichtsrevisionistischen Demagog*innen nicht das Feld zu überlassen.
- Die Stadt stellt ihre Räume für Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus unentgeltlich zur Verfügung, unterstützt organisatorisch und medial antifaschistische Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen, wie z. B. dem „Münchener Schülerbüro e. V.“, dem „Münchener Schülerkongress“, „Schule ohne Rassismus“, „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

Die Stadt gewährt Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe hierfür ist die Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle (Ombudsstelle) verantwortlich.

- Ausbau statt Abbau demokratischer Kultur- und Bildungsangebote in städtischen Einrichtungen wie dem EineWeltHaus sowie in den Stadtteilen! Keinerlei Mittelkürzungen.
- Der Stadtrat soll die Verwaltung beauftragen, ihm jährlich über neonazistische Aktivitäten in München zu berichten und diesen Bericht öffentlich zugänglich zu machen.
- Unterstützung und Förderung des „Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum“! Die Bedeutung der Dokumentation über die besondere Rolle Münchens und seiner gesellschaftlichen Verhältnisse für die Entstehung und den Aufstieg des Nationalsozialismus verweist auf die notwendige Aufgabe einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer politischen Gegenwart. Das beschlossene Dokumentationszentrum ist nur eine kleine Lösung; es fehlt der Aktualitätsbezug.

- Wir fordern, dass von unserer Stadt Initiativen mit dem Ziel ausgehen, die Hypothek, die seit dem verhängnisvollen Diktat von 1938 auf unserer Stadt lastet, endlich zu tilgen, d. h. das „Münchener Abkommen“ von 1938 völkerrechtlich verbindlich für null und nichtig von Anfang an zu erklären und gleichberechtigte Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu entwickeln.
- Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand!
- Wir fordern die Stadt München auf, insbesondere als ehemalige sog. „Hauptstadt der Bewegung“, antifaschistische Aktionen mit zu unterstützen und selbst dazu aufzurufen.
- Die Stadt unterstützt das „Stolperstein“-Projekt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der israelitischen Kultusgemeinde.
- Die Stadt errichtet in der Ettstraße eine Gedenktafel für die Sinti und Roma, die sich unter den Nazis dort als „Zigeuner“ registrieren lassen mussten.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühldorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian